

II-7467 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

No. .... 401 JA (E)

15. OKT. 1992

Präs.: .....

ORIGINAL

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Dr. Haider, Dr. Schmidt, Dr. Frischenschlager, Mag. Peter  
betreffend Hausaufgaben der österreichischen Bundesregierung  
zur Vorbereitung Österreichs auf einen raschen Vollbeitritt zu den Europäischen  
Gemeinschaften**

*Bereits in der 29. Sitzung des Nationalrates XVIII. GP brachte die freiheitliche  
Parlamentsfraktion einen Entschließungsantrag ein, durch welchen die österreichische  
Bundesregierung dazu aufgefordert wurde, umgehend eine Reihe von Maßnahmen zur  
optimalen Vorbereitung Österreichs auf einen raschen EG-Beitritt zu setzen.*

*Knapp eineinhalb Jahre sind vergangen, nichts ist geschehen. Österreich ist in einigen  
elementaren Bereichen, wie z.B. Eigenkapitalbildung wichtiger Wirtschaftszweige,  
Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe, Ausarbeitung eines umfassenden,  
systematischen und langfristigen Gesamtverkehrskonzeptes, der Stärkung der Länderrechte  
usw., auf den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften nicht vorbereitet.*

*Ein kopfloser, unvorbereiteter Beitritt zu den EG könnte unserem Land und weiten  
Kreisen seiner Bevölkerung schweren, nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen.*

*Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den nachstehenden*

## ***Entschließungsantrag:***

***Der Nationalrat wolle beschließen:***

***"Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Vollbeitritt Österreichs zu den EG durch die unverzügliche Umsetzung nachstehend angeführter Hausaufgaben optimal vorzubereiten:***

- 1. Durchführung einer zweiten Etappe der Steuerreform nach dem Muster des Aktivsteuerkonzeptes der FPÖ. Dieses zielt unter anderem auf die Beseitigung der steuerlichen Ungleichbehandlung zwischen Kapitalgesellschaften einerseits und den Einzelunternehmen und Personengesellschaften andererseits. Eine steuerliche Begünstigung für nicht entnommene Gewinne und die Möglichkeit, dieselben einer Rücklage zuzuführen, sind wichtige Ansatzpunkte der latenten Eigenkapitalschwäche der österreichischen Unternehmungen zu begegnen. Ferner ist die Abschaffung der Gewerbe- und Vermögensteuer sowie die Reduktion der Lohn- und Einkommensteuerbelastung und der Lohnnebenkosten eine dringliche Maßnahme der nächsten Etappe der Steuerreform.***
- 2. Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe durch Direktzahlungen gemäß FPÖ-Antrag 326 A und entsprechende Umlegung des Südtiroler Agrarmodells auf österreichische Verhältnisse. Weitere wichtige Anliegen in diesem Zusammenhang sind die Aufrechterhaltung der bäuerlichen Nahrungsmittelproduktion, Einteilung der Qualitätsklassen nach Gesundheitskriterien, Deklaration von Produkten aus Massentierhaltung, Importverbot für Lebensmittelimitate und -surrogate.***
- 3. Sicherung der hohen österreichischen Umweltstandards.***
- 4. Optimale nationale und internationale Koordination der Verkehrspolitik durch Konzentration der ministeriellen Kompetenzen in einem Verkehrsministerium, Adaptierung des Entwurfs für ein Gesamtverkehrskonzept und Erstellung des zugehörigen Bundesverkehrswegeplanes, also der Festschreibung eines***

*verkehrsträgerübergreifenden Infrastrukturinvestitionsprogramms. Ziel eines solchen Konzeptes muß die Vermeidung unnötiger Transporte und die schwerpunktmäßige Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf die Schiene sein.*

5. *Reform des Bundesministerien-Gesetzes mit dem Ziel einer Konzentration der derzeit vielfach zersplitterten Ressortzuständigkeiten als Voraussetzung einer Straffung der Hoheitsverwaltung.*
6. *Stärkung der Länderrechte im Sinne des Strukturprogrammes der Bundesländer und auf der Grundlage einer Gesamtreform der Bundesverfassung mit dem Ziel einer Staatsreform und Staatsvereinfachung.*
7. *Budgetmäßige Vorkehrungen für die hohen finanziellen Belastungen (voraussichtlich 17 Milliarden Schilling) des EG-Beitritts. Hierzu ist es erforderlich, endlich der ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung Priorität einzuräumen, die "Flucht aus dem Budget" zu beenden, sämtliche Einsparungspotentiale zu nutzen und die überfälligen Reformen bei den ÖBB, den Sozialversicherungsträgern und der Personalpolitik des Bundes durchzuführen.*
8. *Echte Privatisierung der Staatsbanken und der Verstaatlichten Industrie über 50 %.*
9. *Entpolitisierung und Vorbereitung der Österreichischen Nationalbank auf die Mitgliedschaft Österreichs in den EG.*

*Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, bei den Verhandlungen über den Beitritt zu den EG für eine Reform der EG mit dem Ziel der Stärkung von Föderalismus und parlamentarischer Demokratie sowie dem Abbau des gegenwärtigen Zentralismus und der Bürokratie der EG-Institutionen einzutreten."*

*In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag unter Verzicht auf die Erste Lesung dem Außenpolitischen Ausschuß zuzuweisen.*

**Wien, den 14.10.1992**

*Handwritten signatures:*  
 Helmut Mikson, Heischberger, [unintelligible signature]